

presse

Bildungsbericht 2012: Herausforderungen der „Bildungsrepublik“ endlich angehen

Zur heutigen Debatte zum Nationalen Bildungsbericht 2012 erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Oliver Kaczmarek:

Mit dem Nationalen Bildungsbericht 2012 ist zum vierten Mal eine bildungspolitisch unverzichtbare Zusammenschau der Kennzahlen und Dynamiken des deutschen Bildungswesens vorgelegt worden. Der zentrale Befund ist erschreckenderweise nach wie vor: Der soziale Hintergrund bestimmt weiterhin zu einem großen Teil den Bildungserfolg. Deutschland weist laut allen Bildungsberichten und Studien nach wie vor mit die höchste soziale Kopplung aller Industrienationen auf. Mangelnde Chancengleichheit in der Bildung und ausbleibende Erfolge in der Breite des gesamten Bildungssystems lassen nur einen Schluss zu: Deutschland wird derzeit dem Anspruch einer „Bildungsrepublik“ nicht gerecht. Es braucht gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung, um neue Akzente in der Bildungsinfrastruktur zu setzen. Dazu brauchen wir aussagekräftige Bildungsberichte, die Steuerungswissen für Politik liefern.

Wir fordern die Bundesregierung auf, eine neue gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung wahrzunehmen. Das Kooperationsverbot für Bildung im Grundgesetz ist nicht mehr zeitgemäß und muss abgeschafft werden. Der jetzt vorgelegte Vorschlag der Bundesregierung zu einer Mini-Grundgesetzänderung wird den gewaltigen Herausforderungen im Bildungswesen für Bund, Länder und Kommunen nicht gerecht. Der Ausbau des Ganztagschulangebots in Deutschland ist eines der zentralen Projekte der kommenden Jahre. So wird auch die kulturelle Bildung, Schwerpunktthema des diesjährigen Berichts, verstärkt gefördert. Eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen muss eingeführt und das Weiterbildungssystem gestärkt werden. Die Bildungsforschung und insbesondere die „Nationale Strategie für

Alphabetisierung und Grundbildung“ müssen weiter vorangetrieben werden. Es gilt, gemeinsam mit den Ländern den Nationalen Bildungsbericht weiterzuentwickeln und so zu einem Hilfsinstrument für eine bessere Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern zu machen.